

# Kurt Hübner

## Wege nach Nirgendwo: Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation

### 1. Einleitung

Bei all dem wort-, keineswegs immer gedankenmächtigem Getöse, das seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften um einen vermeintlichen Konkurs der Marxschen Theorie als einer theoretischen Alternative zu den gängigen Theorien bürgerlicher Marktgesellschaften veranstaltet wurde, wird gerne übersehen, daß letztere selbst mit dem von den osteuropäischen Gesellschaften anvisierten Ziel eines schnellen und erfolgreichen Übergangs zu kapitalistischen Geld- und Marktwirtschaften auf den Prüfstand des geschichtlichen Prozesses gestellt wurden. Dieser Herausforderung hat sich in erster Linie die ökonomietheoretische Orthodoxie zu stellen,<sup>1</sup> die mit ihren Modellen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie in gleichsam selbstreferentieller Weise von Mal zu Mal in formal immer aufwendigerer Weise die Behauptung wiederholt, daß auf Eigeninteresse der ökonomischen Akteure basierende und über Märkte verknüpfte Individualhandlungen allen anderen Organisationsformen des wirtschaftlichen Lebens überlegen seien. Privateigentum, Preisbildung auf freien Märkten, Herausbildung einer Vielzahl unabhängiger ökonomischer Akteure sowie die Einführung marktwirtschaftlich orientierter Rechtsnormen lauten mithin die reformpolitischen Zauberformeln des neoklassischen Lagers. Genauso unsinnig wie aus dem Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften die Fehlerhaftigkeit der Marxschen Theorie abzuleiten, wäre es nun, aus dem aktuellen Transformationsdesaster in Osteuropa auf das Versagen der neoklassischen Markt- und Transaktionstheorie rückzuschließen.<sup>2</sup> Was allgemein gilt, daß nämlich zwischen sozialwissenschaftlichen Theorien und ihrem politisch-gesellschaftlichen Praxisbezug eine ganze Reihe vermittelnder Variablen wirken, die nur um den Preis einer unzulässigen Simplifizierung kurzge-

1 Ich beschränke mich hier auf die Diskussion ökonomietheoretischer Beiträge zum Transformationsprozeß. Eine Übersicht über das Revival der (neo-)parsonsianischen soziologischen Modernisierungstheorie bietet Müller 1992.

2 Es steht außer Frage, daß sowohl die Marxsche wie auch die neoklassische Theorie eine ganze Reihe von Defekten aufweisen. Diese Defekte können aber nicht im unmittelbaren Rekurs auf empirischer Ereignisse, sondern müssen in erster Linie im theoretisch-analytischen Apparat aufgespürt werden.

geschlossen werden können, darf selbstredend auch die neoklassisch-marktliberale Theorie für sich reklamieren.

Immerhin gilt es festzuhalten: In keiner osteuropäischen Transformationsökonomie hat die neoklassische Behauptung gleichgewichtsschaffender, effizienz- und wohlfahrtsstiftender Wirkungen reiner Marktprozesse bislang ihren praktischen Beweis antreten können, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bislang nirgendwo von der Etablierung einer Markt- und Geldwirtschaft gesprochen werden kann. Offenbar ist die Einführung all dieser Institutionen nicht so einfach wie von den marktliberalen Protagonisten der Reformprozesse erhofft und von mancher sozialwissenschaftlichen Begleitforschung noch heute angenommen.<sup>3</sup> Zudem ist es keineswegs sicher, daß marktwirtschaftliche Reformschritte in den Transformationsökonomien überhaupt zu den von den Akteuren gewünschten Ergebnissen führen. Geld- und marktwirtschaftliche Organisationsformen des ökonomischen Prozesses verkörpern heute für die osteuropäischen Gesellschaften ein Nirwana, von dem zwar viel gesprochen wird, das aber in Osteuropa nicht anzutreffen ist.

Auf diese enttäuschten Erwartungen angesprochen, bringt die praktische Politikberatung das Standardargument hervor, daß die Zeit noch nicht ausgereicht habe, als daß die eingeleiteten Transformationsschritte bereits hätten Erfolge zeitigen können (vgl. dazu Schrader/ Laaser 1992, 63). Unbestreitbar kommt dem Zeitfaktor im Transformationsprozeß eine hohe Bedeutung zu. Nachdem der anfängliche Optimismus verflogen ist und sich die schmerzliche Einsicht durchsetzt, daß es im besten Fall langer Zeiträume bedarf, um Anschluß an die OECD-Welt zu finden, wurde der Zeithorizont der Transformation zum Gegenstand politischer Optionen: Der individuelle Wunsch nach durchgreifender Verbesserung der kurz- wie mittelfristigen Wohlfahrtsaussichten schlägt entweder in Abwanderungspläne in Richtung entwickelter Marktgesellschaften um (*exit*) oder gewinnt die Form verstärkter politischer Willensäußerungen (*voice*), die keineswegs immer per Wahlzettel erfolgen. Stellt man in Rechnung, daß der Übergang zu kapitalistischen Markt- und Geldwirtschaften in einer ersten Phase die ökonomischen Ausgangsprobleme noch vertiefen und das

---

3 Vgl. etwa Herr 1992, S. 15f., der schreibt: »Die Einführung marktwirtschaftlicher Rechtsnormen und Institutionalisierungen sowie von Märkten mit freier Preisbildung hat sich in den Transformationsökonomien als relativ einfach erwiesen...«, um dann freilich skeptischer fortzufahren: »...während faktisches marktwirtschaftliches Handeln und funktionierende Märkte weitaus schwieriger zu initiieren sind«. Letztere Behauptung ist, wie noch ausführlicher zu zeigen ist, nur zu unterstreichen. Gerade die Einführungsprobleme aber sollten nicht unterschätzt werden, gefährden doch gerade sie die ökonomische Zukunft der osteuropäischen Länder.

allgemeine Wohlstandsniveau der Bevölkerung senken wird,<sup>4</sup> dann spricht vieles dafür, daß sich ökonomische, soziale, politische und kulturelle Krisenprozesse vielfach überlagern. Stabilität ist in einer solchen Situation eher die Ausnahme als die Regel.

Verwerfungen dieser Art machen eine theoretische Analyse der bislang eingeleiteten Maßnahmen zur Etablierung geld- und marktwirtschaftlicher Strukturen, der mit ihnen verknüpften Erwartungen sowie ihrer Erfolgchancen freilich nicht hinfällig - zumal eine Auseinandersetzung mit theoretischen Konzepten der Transformation kein akademischer Selbstzweck ist. Theoretische Konzepte der Transformation können in Umbruchphasen, wie sie in Osteuropa verlaufen, ein ausgeprägtes strategisches Gewicht haben, dienen sie doch zum einen als Leitfaden der praktischen Politik, insbesondere der Sequenz der Reformen, und zum anderen als Legitimation gegenüber einer ungeduldigen Bevölkerung.<sup>5</sup>

## 2. Sequenzphilosophien

Die Transformation der Planwirtschaften in kapitalistische Geld- und Marktwirtschaften läßt sich als ein wirtschaftlicher Akt interpretieren, bei dem die Käufer - die Bevölkerungen - sofort hohe Anzahlungen und dann über einen unbestimmten Zeitraum stetige Raten für ein Produkt zu bezahlen haben, von dem sie nicht wissen, zu welchem Zeitpunkt die Zahlungen degressiv verlaufen und ob sie über dieses Produkt überhaupt einmal verfügen werden, d.h. zu Nettzahlungsempfängern werden. Ökonomisch gesprochen: Es handelt sich weniger um ein risikoreiches denn um ein mit hohen Unsicherheiten behaftetes Geschäft. Ein solches, grundsätzlich nicht versicherbares und auf objektive Wahrscheinlichkeiten hin zu kalkulierendes Zukunftsgeschäft setzt, neben vielen stofflichen und wertmäßigen Bedingungen, vor allem ein großes Zukunftsvertrauen der involvierten Menschen voraus. Im Prozess der Transformation wird Vertrauen, so bereits das wirtschaftsethnologisch gefaßte Argument von Karl Polanyi (1979, 225ff.), zu einer bedeutsamen politischen Ressource, deren Existenz und deren Stabilität in hohem Maße über das Gelingen des angestrebten Projektes entscheidet.

4 Vgl. zu dieser Überlegung Hübner 1990, 325.

5 Auf das hohe strategische Gewicht theoretischer Konzepte verweist auch Müller. Eine diametral entgegengesetzte Position vertritt Václav Klaus, der ehemalige marktorthodoxe Finanzminister der CSFR. Er bezeichnet theoretisch fundierte Reformkonzepte, die eine eindeutige Sequenzhierarchie angeben, als »technokratische und unrealistische Glaubensbekenntnisse«, die endgültig aus der Geschichte verabschiedet werden sollten; vgl. Klaus 1991.

Die Herstellung von Vertrauen hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt auch von der Fähigkeit der politischen Klassen, ein konsistentes, praktikables und sozial effizientes Reformprogramm zu entwickeln und operativ umzusetzen. Dazu bedienen sich die politischen Klassen mit Unterstützung westlicher Expertenstäbe vor allem aus dem Modellbaukasten der ökonomietheoretischen Orthodoxie. Wie schwierig ein solches Vorhaben zu realisieren ist, läßt sich tagtäglich in allen Transformationsökonomien beobachten: Reformprogramme und ihre einzelnen Sequenzen werden revidiert, modifiziert oder erweisen sich schlicht als untauglich angesichts der beharrenden Kraft des Faktischen. Eine Reaktion auf derartige Probleme war bislang die zeitliche Beschleunigung der Transformationsprozesse. Ließ sich die schnelle Integration der ehemaligen DDR in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der alten Bundesrepublik noch als deutscher Sonderfall begründen, so zeigen die Erfahrungen in den anderen ehemals sozialistischen Ländern, daß die Strategie der Beschleunigung zu einem gemeinsamen Merkmal der Umwandlungsprozesse geworden ist. So wurden in vielen Fällen die Preise liberalisiert noch bevor die staatlichen Monopole und Oligopole aufgelöst und damit wenigstens Grundvoraussetzungen einer Preiskonkurrenz gelegt worden wären. Preisfreigabe und vermachtete Angebotsstrukturen müssen nahezu zwangsläufig zu steigenden Preisen und, bei staatlich kontrollierten Lohnbildungen, zu einer Schlechtersversorgung der Nachfrager führen.<sup>6</sup> Es sollte nicht erstaunen, wenn derartige reformpolitische Manöver zu unerwünschten, weil nicht-intendierten Mengeneffekten führen, die das Vertrauen der Bevölkerung in die reformtechnischen Fähigkeiten der neu-legitimierten und sich - zumindest partiell - neu konstituierten politischen Klasse unterhöheln. Selbstredend verbergen sich hinter solchen Reformmanövern nicht nur »Anfängerfehler« der politischen Klassen und ihrer Berater. Derartige Reformentscheidungen reflektieren auch die politischen Kräfteverhältnisse und Interessenkonstellationen, denn schließlich gibt es im unübersichtlichen Neuerungsprozeß die Chance, mit wenig Aufwand schnell viel Geld zu verdienen und im Wandel begriffene Machtpositionen zur Steigerung des eigenen Nutzen einzusetzen.<sup>7</sup> So wurde beispielsweise die in Rußland überhastet eingeleitete Freigabe bzw. Erhöhung der Preise zentraler Warengruppen erst gar nicht mit ökonomi-

---

6 Vgl. genauer: Hübner 1993. Blanchard/Dornbusch/Krugman/Summers 1991 argumentieren, daß der Preisanstieg die Einkommensverteilung zuungunsten der Lohnabhängigen und zugunsten der Profitbezieher und Vermögensbesitzer verschoben habe, mit dem Resultat, daß die aggregierte Nachfrage sinken musste.

7 Zu den alten und den im Transformationsprozeß neu entstehenden Rentenkonstellationen vgl. Punkt 3.

schen Rationalitätsargumenten zu begründen versucht. Getrieben und legitimiert wurde diese Maßnahme allein von dem Motiv, den Apparatschiks der staatlichen Plan- und Preisbehörden einen Schlag zu versetzen und sie ihrer Einflußnahme zu berauben. Ähnlich wie die über Nacht vollzogene Konfiszierung von 100 Rubel-Noten hat diese Maßnahme freilich weniger den marktwirtschaftlichen Reformen als vielmehr der neu entstandenen Schicht von Händlern, Mafiosi und Staatsbürokraten genutzt. Angesichts solcher Interessenlagen und Manöver ist es noch keineswegs ausgemacht, ob der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft nicht etwa, wie der Soziologe David Stark am Beispiel Ungarns veranschaulicht hat, in einer »Clan-Wirtschaft« steckenbleibt (Stark 1990).

Die Beschleunigungsstrategie darf als eine Antwort auf derartige Probleme gedeutet werden: Je schneller die Reformsequenzen geschaltet werden, so die Hoffnung, desto größer sind die Chancen eines Erfolgs und desto kleiner können die insgesamt auflaufenden Umstellungskosten gehalten werden. Einer solchen Überlegung dürften sich auch die Ankündigungen der russischen Regierung verdanken, ihre Währung in dem überaus kurzen Zeitraum bis zum 1. August 1992 unbeschränkt konvertibel zu machen.<sup>8</sup> Die Rechtfertigung dieser Entscheidung, daß nur so die Auflagen zur Vollmitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds zu erfüllen seien, war wenig überzeugend. Zwar sieht das IWF-Statut in der Tat die Herstellung von Konvertibilität für die Währungen seiner Mitgliedsländer vor, doch ist die Zahl der Mitglieder mit beschränkt konvertiblen Währungen größer als die Zahl derjenigen mit unbeschränkt konvertiblem Geld. Zu erinnern ist auch daran, daß sich die westeuropäischen Ökonomien bis zum Jahr 1958 mit der Einführung der freien Umtauschbarkeit ihrer Währungen Zeit ließen. Länder wie Frankreich und Italien haben sogar erst jüngst, in Zusammenhang mit dem EG-Binnenmarktprojekt, bedeutende Einschränkungen der Währungskonvertibilität aufgehoben. Solche historischen Erfahrungen könnten dafür sprechen, den Zeithorizont des Reformprogramms zu strecken und die Konvertibilitätssequenz in kleinere Schritte aufzuteilen. Vorstellungen eines »Minimum Bang«, wie sie beispielsweise von John Williamson - Senior Fellow am *Institute for International Economics* in Washington - entwickelt wurden, stoßen freilich weder bei den politisch-ökonomischen Eliten der Transformationsökonomien noch bei ihren westlichen Ratgebern bislang auf Resonanz. Die Chance wird vielmehr allein in der Beschleunigung ge-

---

8 Diese Ankündigung wurde unter dem Eindruck der faktischen Unmöglichkeit dieses Vorhabens schnell revidiert. Es steht außer Frage, daß derartige Manöver das Vertrauen der Bevölkerung, aber auch der internationalen ökonomischen Akteure in die Politikfähigkeit der Reformfraktionen unterminieren.

sehen. Jeffrey Sachs, Harvard-ansässiger Berater der polnischen und russischen Regierung, führt die folgenden vier Gründe für ein hohes Reformtempo ins Feld:

- (1) Weil partikulare Reformmaßnahmen notwendigerweise ins Leere laufen, müssen mikro- wie makroökonomische Reformschritte Hand in Hand gehen. So erfordert beispielsweise die finanzielle Kontrolle des öffentlichen Sektors einen funktionierenden Wettbewerb, der wiederum freien Handel und die freie Umtauschbarkeit der Währung voraussetzt. Letztere mache im Verein mit stabilen Wechselkursen wiederum eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik notwendig.
- (2) Weil die aufgeblähten bürokratischen Apparate weder sofort abgebaut noch ihre politische Bedeutung ohne weiteres geschmälert werden kann, müssen umgehend marktförmige Parallelstrukturen aufgebaut werden, die die bürokratische Kontrolle der Ressourcenallokation unterminieren. Preisliberalisierung genießt mithin höchste Priorität.
- (3) Nur die rasche Inthronisierung der Prinzipien des Freihandels, der Währungskonvertibilität und des freien Marktzutritts könnten gewährleisten, daß die notwendigen Anpassungsprozesse der etablierten ökonomisch-politischen Strukturen und der damit verbundenen Machtfelder ohne größeren Widerstand der Betroffenen ins Werk gesetzt werden.
- (4) Schließlich verlangt die in einigen Ländern bestehende oder zu befürchtende Hyperinflation schnelle reformpolitische Maßnahmen, weil jeder wirtschaftspolitische Gradualismus zu unkontrollierbar beschleunigten inflationären Prozessen führt (Sachs 1991, 238f.).

Geradezu ein Musterfall für eine solche Beschleunigungsstrategie stellt die Reformpolitik der Russischen Föderation dar.<sup>9</sup> Seit dem Erlaß des Unternehmensgesetzes vom 25. Dezember 1990, das die verschiedenen juristischen Unternehmensformen gleichstellt, die Autonomie der Unternehmen verankert und die bis dahin geltende Genehmigungspflicht von Neugründungen durch eine bloße Registrierpflicht ersetzt hat, wurde in amtemberaubendem Tempo ab Mitte 1991 eine Vielzahl von Gesetzen zur beschleunigten Transformation der Ökonomie verabschiedet: Das Gesetz »über den Wettbewerb und die Eindämmung monopolistischer Tätigkeit auf den Warenmärkten« (22.3.1991), das »Gesetz über die Privatisierung von Staats- und Kommunalbetrieben« (3.7.1991, revidiert am 5.6.1992), gesetzliche Regelungen über Arbeitsverträge und Mindestgehälter inklusive einer gesetzlichen Indexierung, ein Gesetz über die Mehrwertsteuer

---

9 Den Kontrastfall stellt Ungarn dar, das seit 1980 in kontinuierlicher Weise wirtschaftspolitische Reformen eingeführt hat. Vgl. dazu Hare/T.Révész 1992, S. 228-264.

(Januar 1992), über die Einkommenssteuer für natürliche Personen (Mai 1992), über »Vermögenssteuern für natürliche Personen, die sich mit Unternehmertätigkeit befassen« (April 1992), über die Gewinnsteuer der Betriebe und Organisationen (März 1991), über »die Banken und Bankentätigkeit« (Februar 1991), über die Warenbörsen und den Börsenhandel (20.2.1992) usw. Ergänzt wurde diese Gesetzesflut durch eine noch größere Zahl von Erläsen, Verordnungen, Instruktionen und Beschlüssen des Präsidenten, des Ministerrates, einzelner Minister sowie des Präsidiums des Parlaments der Russischen Föderation.<sup>10</sup> Insbesondere die hohe Zahl von Erläsen, die jederzeit widerrufen oder geändert werden können, deutet darauf hin, daß die politischen Ausgangsbedingungen der Transformation in der russischen Föderation denkbar ungünstig sind.<sup>11</sup> Im Urteil der professionellen Politikberatung ließt sich das folgendermaßen:

»Mit den vielen Gesetzen und Erlassen hat Rußland in kurzer Zeit versucht, marktconforme Institutionen zu schaffen. Da das Problem der Kompetenzverteilung zwischen den zentralen und regionalen Körperschaften jedoch ungeklärt blieb, entfalteten die Gesetze und Erlasse nur geringe Wirkung. In vielen Bereichen ist stattdessen ein Chaos ausgebrochen, selbst Recht und Ordnung werden nur unzureichend durchgesetzt. Individuelle Selbsthilfe äußert sich in Wirtschaftskriminalität und Korruption; organisierte Wirtschaftskriminalität und Selbstbedienungen an kollektivem Eigentum ufern aus. Die großen Staatsunternehmen unterliegen keinen »harten« Budgetrestriktionen, obwohl sie in ihrem Handeln weitgehend autonom sind. Die erwarteten Steuereinnahmen blieben vielfach aus. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wächst, die Inflation beschleunigt sich wieder. Die Privatisierung ist kaum in Gang gekommen« (DIW u.a. 1992, 524).

Die faktischen Ergebnisse derartiger Politikmanöver könnten es mithin nahelegen, simultane Beschleunigungsstrategien, wie sie von Sachs und anderen westlichen Politikberatern angemahnt werden, als inadäquat ad acta zu legen und über eine angemessene zeitliche wie inhaltliche Hierarchisierung der Reformsequenzen nachzudenken. Liberale Markttheoretiker und Politikberater ziehen aus den russischen Erfahrungen, deren Grundzüge durchaus verallgemeinert werden können, freilich andere Schlüsse. Anstelle einer theoretisch angeleiteten Hierarchisierung<sup>12</sup> der

10 Vgl. ausführlich: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin/Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands. Systemtransformation am Scheideweg, in: DIW-Wochenbericht 42/92.

11 Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich in Polen, dessen Parlament am 17.10.1992 einer Vorlage zustimmte, die Präsident Walesa und der Regierung größere Vollmachten gewährt. Der Präsident hat zukünftig größere Mitspracherechte bei der Regierungsbildung; die Regierung wiederum kann per Dekret Gesetze zur Beschleunigung der Wirtschaftsreformen erlassen (vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 19.10.1992).

12 Um ein Mißverständnis zu verhindern. Mit Hierarchisierung der Sequenzen ist nicht gemeint, daß die jeweiligen Reformmaßnahmen völlig abgeschlossen hintereinander geschaltet werden müssen. Die jeweiligen Sequenzen werden vielmehr in einer bestimmten Rangfolge gestartet, überlagern sich dann und laufen unterschiedlich lange.

Sequenzen verlangen sie eine weitere Beschleunigung und Radikalisierung der Reformschritte.<sup>13</sup> Weil nach ihrer Sicht die einzelnen Maßnahmen zur Einführung eines markt- und geldwirtschaftlichen Wirtschaftssystems eine enge gegenseitige Abhängigkeit aufweisen und infolgedessen der Verzicht bzw. die zeitliche Rückstellung eines Elementes gleichsam destruktive Dominoeffekte zeitigt, kann nur ein beschleunigt umgesetztes Simultanprogramm zum Erfolg führen. Verstöße gegen die Ordnungsprinzipien einer kapitalistischen Marktwirtschaft können sich dieser Interpretation zufolge allein entwickelte Ökonomien wie etwa die Bundesrepublik erlauben, die über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen, um Verstöße gegen die liberale Marktordnung ohne einschneidende Wohlfahrts-einbußen zu finanzieren (Schrader/ Laaser 1992, 63). Für die Transformationsökonomien soll deshalb gelten, daß der ordnungspolitische Maßstab höher anzusetzen sei als in den entwickelten Geldwirtschaften mit OECD-Profil. Schrader/Laaser zufolge hat ein erfolgversprechendes Reformprogramm folgende Elemente zu umfassen: (1) eine eindeutige Zuordnung von Kompetenzen an die Gebietskörperschaften gemäß dem Subsidiaritätsprinzip; (2) eine staatliche Garantie der Vertrags- und Rechtssicherheit privater Akteure; (3) eine verfassungsmäßige Verankerung des Privateigentums als *dominanter* Eigentumsform; (4) eine sofortige Umsetzung einer »kleinen« und die Einleitung einer »großen« Privatisierung; (5) die staatliche Sicherung des Wettbewerbs und eine Einleitung der Demopolisierung der Wirtschaft; (6) Freigabe aller Preise auf den Güter- und Faktormärkten sowie eine Sicherung des freien Marktzutritts; (7) eine Sicherung der Preisniveaustabilität durch eine unabhängig agierende Notenbank, die allein der Preisniveaustabilität verpflichtet ist; (8) die Gewährleistung der finanzpolitischen Solidität in Gestalt von Kreditregulierungen und Verschuldungsobergrenzen der staatlichen Haushalte; (9) die Einführung einer frei konvertiblen Währung; (10) eine Öffnung der Märkte und ein Verzicht auf protektionistische Maßnahmen (ebd., 68f.). Den liberalen Vertretern eines solchen ordnungspolitischen Pakets ist sehr wohl bewußt, daß jede Umsetzung dieses Programms »für den Einzelnen sicherlich große Härten zur Folge haben und ihn bis an den Rand des Erträglichen belasten« wird. Angesichts mangelnder Alternativen steht kein anderer Weg offen:

»Jedoch rechtfertigt dieses Programm die Hoffnung, daß sich mittel- bis langfristig die

---

13 So warnt beispielsweise das der Konservativen Partei nahestehende Adam Smith Institute in London vor einem drohenden Zusammenbruch der osteuropäischen Volkswirtschaften. Bei dem gegenwärtigen Tempo der Privatisierung, so heißt es, bräuchten Ungarn, Polen und die CSFR durchschnittlich 28 Jahre, bis die Staatsindustrien privatisiert seien. Erforderlich sei deshalb eine Beschleunigung der Privatisierungen

Volkswirtschaft erholt und die soziale Situation der Bürger eine spürbare Verbesserung erfährt. Eine weitere Hängepartie ohne entscheidende Reformmaßnahmen oder ein Zurück zur althergebrachten Kommandowirtschaft würde die Lage nur noch verschlimmern. In einem reformlosen Zustand würden weder marktwirtschaftliche Anreize noch kommandowirtschaftliche Zwänge etwas bewirken können. (...) Russischen Reformern wie Aven (...) ist daher nur zuzustimmen, wenn sie vor falschen Versprechungen vom Paradies warnen und statt dessen 'Blut, Schweiß und Tränen' als notwendige Versprechen ansehen«.14

Dieser Rückzug auf ein Prinzip Hoffnung mutet - bei aller Offenheit der Autoren<sup>15</sup> - freilich recht hilflos an, wird doch mit dem Verdikt, ein kapitalistisches Geld- und Marktwirtschaftssystem könne gleichsam allein als »Gesamtkunstwerk« eingeführt werden, ein analytisches wie wirtschaftshistorisches Denkverbot aufgestellt. Immerhin zeigen doch die raren Fälle einer erfolgreichen nachholenden kapitalistischen Entwicklung wie etwa Japan oder auch die südostasiatischen Schwellenländer, daß allein die *Verletzung* zentraler marktwirtschaftlicher Normen zum Entwicklungserfolg beigetragen hat. Der zur Schau getragene Transformationsradikalismus darf erstaunen, wenn selbst ein eingefleischer Neoliberaler wie Joachim Starbatty angesichts der Konstellation in den osteuropäischen Länder dafür plädiert, die Ordnungsprobleme von den Allokations- und Stabilisierungserfordernissen zu trennen und einem konsistenten Stabilisierungsprogramm den Vorrang einzuräumen (Starbatty 1991). Und auch ein sich selbst in der Tradition von Walter Eucken und der »Freiburger Schule« verortender Vertreter der sozialen Marktwirtschaft wie Horst Werner schließt aus der als stimmig unterstellten These einer strikten Interdependenz der Reformschritte und dem Dilemma, daß einerseits simultane Reformschritte erforderlich und andererseits ökonomische wie politische Blockaden gleichzeitige Reformen auf allen Ebenen ausschließen, keineswegs auf eine Beschleunigung des Reformtempos; vielmehr formuliert er als wichtigste Aufgabe der ökonomischen Theorie, begründete Prioritäten des *sequencing* anzugeben (Werner 1992, 35f.). Es

---

Marktreformen (s. den *Tagesspiegel* v. 19.10.1992).

- 14 Schrader/Laaser 1992, S. 69. Als »kritisches Niveau«, unterhalb dessen jeder Schritt zur Marktwirtschaft auf Widerstand von Betroffenen zu rechnen hat, wird von den Autoren die Sicherung des physischen Existenzminimums angeführt, für die nötigenfalls der Westen mittels Hilfeleistungen Sorge zu tragen hat.
- 15 Der Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und Mitglied des Sachverständigenrates argumentiert an dieser Stelle sehr viel verklausulierter, wenn er den Übergang von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft als Preis- mit nachfolgendem Mengenschock beschreibt, die zu einem J-Kurven-Verlauf des Wachstumsprozesses führen sollen. Sein weiterer Hinweis, daß solche J-Kurven-Verläufe betroffene Arbeiter zu politischem Protestverhalten veranlasse, die einen Aufschwung behindern und/oder zeitlich verzögern, darf vor allem so verstanden werden, daß ein Gutteil der aktuellen Transformationsprobleme exogener, nämlich politischer Natur sind (Siebert/Van Long 1991).

sei nur beiläufig erwähnt, daß der Ordo-Liberale Werner zu der nahezu gleichen Prioritätensetzung wie etwa die Monetärkeynesianer Herr/Westphal kommen, wenn er - im Sinne von Eucken - der Geld- und Währungspolitik absoluten Vorrang im *sequencing* einräumt. Während die Monetärkeynesianer diese Priorität aus der Dominanz des Vermögens über alle anderen Märkte ableiten, begründet Werner den Vorrang der Geld- und Währungspolitik mit dem klassischen Argument, wonach die wirtschaftliche Belebung der Transformationsökonomien auf externen Kapitalzufluß (Nettokapitalimporte) angewiesen sei, der wiederum nur zustandekomme, wenn diese über eine wertstabile Währung und einen liberalen Kapitalverkehr inklusive einer entsprechenden Konvertibilitätsregel verfügen.<sup>16</sup>

Man kann versuchen, diese verschärfte Rezeptur aus dem Charakter des marktliberalen Transformationsprojektes und der von ihm angezielten Modernisierung zu erklären: Die Transformation wird als ein Modelltransfer begriffen und organisiert, bei dem es darauf ankommt, die institutionellen Grundstrukturen einer ideal konzipierten kapitalistischen Geld- und Marktwirtschaft, wie sie zum Leidwesen der Berater selbst in westlichen kapitalistischen Ökonomien nicht Realität wurde, aus dem Modellbaukasten unmittelbar in die Praxis zu übertragen. In diesem Sinne handelt es sich bei der Transformation um ein technokratisches und autoritäres Projekt (vgl. dazu Stojanov 1992, 30), das in einer unnachgiebig orthodoxen Manier realisiert werden soll. Pragmatisch orientierte Studien, wie etwa die im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft vom Berliner DIW, dem Kieler Institut für Weltwirtschaft und vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle bearbeitete Untersuchung der wirtschaftlichen Situation Rußlands und Weißrußlands, wiederum nehmen die faktisch eingetretenen und als unausweichlich bewerteten Abweichungen von einer optimalen Reihenfolge der einzelnen Reformmaßnahmen zum Anlaß, den außerökonomischen Voraussetzungen des Transformationsprozesses Priorität einzuräumen. Ohne die Herstellung politischer Handlungsfähigkeit, so die Kernaussage, sei jedes wirtschaftliche Reformprogramm zum Scheitern verurteilt (DIW u.a. 1992, 544). Diese zentrale Einsicht - die freilich selbst von Autoren, die ihre Analysen als theoretische und politische Alternative anbieten, in den Datenkranz einer rein

---

16 Ders., a.a.O., S. 36ff. Der absolute Vorrang einer gleichsam ohne Seil sich vollziehen sollenden Konvertibilisierung der Währungen der Transformationsökonomien seitens Werner darf allerdings selbst als eine Radikalisierung der Reform bezeichnet werden, ist doch zu erwarten, daß sich Abwertungs-Inflations-Spiralen einstellen, die, wenn überhaupt, dann nur um den Preis einer Unterminierung des ökonomischen Wachstums- und Einkommensbildungsprozesses unter Kontrolle gebracht werden können. - Auf das Verhältnis von Ressourcen und Entwicklung werde ich noch eingehen.

ökonomietheoretischen Argumentation abgeschoben wird<sup>17</sup> - müsste eigentlich allein ökonomisch ausgelegten Sequenzphilosophien den Boden entziehen. Denn es zeigt sich, daß in der Herausbildung markt- und geldwirtschaftlicher Strukturen ökonomische, politische, soziale und kulturelle Prozesse eng miteinander verwoben sind:<sup>18</sup> Wenn die Festbeschreibung und die Wirksamkeit allgemeinen Rechts sowie die öffentliche Kontrolle staatlichen Handelns i.S. Max Webers zu den Grundlagen einer marktwirtschaftlichen Integration sozialer Gruppen und Individuen zu zählen sind und wenn die Konsensbildung zwischen widerstreitenden sozialen Interessen sowie die Konstitution nicht-staatlicher Akteure mit positiven Interessen und die Begrenzung von Macht unabdingbare Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung darstellen (vgl. Stojanov 1992, 31f.), dann haben theoretische Begründungen von Transformationsstrategien, die sich scheinbar bescheiden auf den »reinen ökonomischen Prozeß« beschränken, keine realhistorische Fundierung. Faktisch kann freilich von einem zurückgehenden Einfluß marktliberaler Konzepte nicht gesprochen werden.

Die im akademischen Raum verlaufende *sequencing debate* hat bislang nur an ihren Rändern, in Gestalt heterodoxer Ansätze angemessenere Überlegungen vortragen können. Dazu zählen insbesondere zwei Ansätze: Die als Agenda '92 vorgestellten Überlegungen einer Gruppe von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern um Egon Matzner sowie das Konzept der *sequencing tactics* von Gérard Roland (Roland 1991, 47-64; AGENDA '92). Während die Agenda-Gruppe sich in institutionalistischer Manier um eine alternatives Design der Transformation bemüht, das insbesondere das kulturelle, normative und regulative Netzwerk geld- und marktwirtschaftlicher Übergangsprozesse betont, stellt Roland in *rational choice*-Manier auf die theoretische Begründung eines Sequenz-Modells

17 So sprechen etwa Herr/Westphal 1990 davon, daß der Transformationsprozeß die Schaffung institutioneller und juristischer Voraussetzungen bedürfe, die die Herausbildung einer Konstellation gesellschaftlich-politischer Kräfte erforderlich machten, »die den Transformationsprozeß von Stufe zu Stufe vorantreibt und gleichzeitig ein - sich ständig verschiebendes - Gleichgewicht im gesellschaftlichen Gefüge wahrht.«

18 Evolutionstheoretisch orientierte Ökonomen wie Peter Murrell verweisen in diesem Zusammenhang darauf, daß die in der Bevölkerung der osteuropäischen Gesellschaften vorhandenen gesellschaftlichen Routinen, Erwartungen und Verhaltensnormen so stark ausgeprägt sind, daß sie in einem marktwirtschaftlichen Umfeld nahezu hilflos agieren müssen: »A radical change in the economic system requires large changes in organizational structure, which will induce much poorer economic performance during the lengthy and difficult process of changing organizational routines and reallocating managerial personnel. This decline in performance is all the more certain when the change in environment produces adversity that removes the possibility of simply continuing past behavior« (Murrell 1992, 41).

ab, das dem komplexen Charakter des Übergangprozesses Rechnung tragen soll. In einer einfachen Modellierung wird von ökonomisch-politischen Individuen mit unterschiedlichen Interessen (am status quo oder aber an dessen Veränderung interessierten Personen) ausgegangen, wobei die Annahme gilt, daß diese Akteure ihre Interessen nach materiellen Motiven ausrichten. Die damit angesprochenen Individuen kennen ihre eigenen Ressourcen, Fähigkeiten und Talente und haben abstrakte Vorstellungen über die Funktionsweise nicht-sozialistischer Systeme; aber sie kennen weder ihre zukünftige ökonomische Position innerhalb dieser Systeme noch können sie diese auch nur einigermaßen zuverlässig kalkulieren. Sozialistische Systeme sind durch eine Vielzahl sog. *situation rents* charakterisiert, die von Individuen bezogen werden, die dank politischer Verbindungen über Arbeitsplätze verfügen, die ihre Fähigkeiten übersteigen. Potentiell oder aktuell von Reformmaßnahmen negativ betroffene Bezieher solcher *situation rents* werden sich gegen den Reformprozeß sperren. Umgekehrt entstehen zumindest kurzfristig neue *situation rents*, deren Bezieher am Reformprozeß und insbesondere an dessen aktuellen Resultaten höchstes Interesse haben. Infolge der Unsicherheiten über die zukünftige ökonomische Entwicklung und ihre jeweilige Stellung verändern die Individuen ihre Erwartungen und Präferenzen nach Maßgabe aktueller wirtschaftspolitischer Maßnahmen und deren Auswirkungen, d.h. die Erwartungen sind in höchstem Maße von kurzfristigen Ereignissen bestimmt und entsprechend variabel. Fallen die erwarteten Wohlfahrtsverluste infolge aktueller Reformmaßnahmen im Vergleich zum Wohlfahrtsniveau der status quo-Konstellation höher aus als die erwarteten Wohlfahrtsgewinne, dann wird die positive Haltung gegenüber Reformen zurückgehen, so daß die reformsperrenden Kräfte Oberhand gewinnen. Um solche Entwicklungen zu verhindern, schlägt Roland eine *sequencing tactics* mit den folgenden Elementen vor: (a) zuerst sollen all die Maßnahmen durchgeführt werden, die einer Mehrheit der Bevölkerung Nutzen und nur einer Minderheit Schaden bringen; (b) die härteren Maßnahmen müssen dann schnell hintereinander geschaltet werden, um sozusagen den Windschatten der ersten Phase zu nutzen, und so die unvermeidlichen negativen Effekte auf die Mehrheit politisch-legitimato-risch aufzufangen. Seine Vier-Phasen-Sequenz sieht deshalb vor, mit einer breiten Demokratisierung des politischen Systems anzusetzen und dann auf die Privatisierung des Staatssektors die Liberalisierung und schließlich die Restrukturierung folgen zu lassen (Roland 1991, 48-53). Diese mikrotheoretisch fundierte Sequenzphilosophie zeichnet sich gegenüber den marktliberal begründeten *sequencing*-Vorschlägen auf den ersten Blick durch einen höheren Grad an Realitätstüchtigkeit aus, inso-

fern sie nämlich versucht, die Sequenzen gemäß abnehmender Popularität in eine Rangordnung zu bringen. Läßt man sich auf diese Begründung der Sequenzphilosophie jedoch genauer ein, dann zeigen sich wenigstens zwei gravierende Schwächen. Zum ersten kann die Ausrichtung der einzelnen Reformen an den Interessen einer unqualifizierten Mehrheit der Bevölkerung in die Irre leiten, weil u. U. eine qualifizierte Minderheit für den Erfolg des Reformprojektes sehr viel ausschlaggebender sein kann. Gewichtet man also die sozialen Akteure entsprechend ihrer Absicht und Kapazität, Reformen durchzusetzen oder aber zu verhindern, dann kann (a) die Reihenfolge der Sequenzen anders als im Vier-Sequenzen-Schema ausfallen, und es könnte sich zeigen, daß (b) bestimmte soziale Akteure über eine Art von Sperrminorität im Reformprozeß verfügen. Zum zweiten erfordert die Letztplazierung der Restrukturierungssequenz die Verfügung über umfangreiche kompensatorische Finanzressourcen, bedeutet diese Rangordnung doch nichts anderes, als die Einführung »harter Budgetrestriktionen« (Kornai) für die Unternehmen möglichst lange hinauszuschieben. Mag die damit verbundene Tolerierung verdeckter Arbeitslosigkeit<sup>19</sup> auch die politische Stabilität und die Befürwortung des Reformprozesses stärken, so geht mit ihr doch einerseits eine Fehlnutzung volkswirtschaftlicher Ressourcen und andererseits ein politisch gewollter Stau an Strukturwandel einher. Weil diese Konsequenzen des *sequencing* mit finanziellen Kosten verbunden sind, die die osteuropäischen Transformationsökonomien in der Regel nicht aufbringen können, ist jede Politik einer solchen *sequencing tactics* auf den Zufluß externer Finanzmittel angewiesen.

Ungeachtet solcher Einwände ist die Idee der *sequencing tactics*, durch die Schaffung einer dynamischen Machtbalance zwischen unterschiedli-

---

19 Restrukturierung bezieht sich - wenn auch nicht ausschließlich - auf die Schließung aller Unternehmen und Betriebe, die keine Gewinne erwirtschaften bzw. sich durch negative Wertschöpfungen auszeichnen. Solange »weiche Budgetrestriktionen« existieren, werden solche Einheiten durch Kredite des Staates bzw. des Bankensystems am Leben erhalten. Nicht rentable Arbeitsplätze werden auf diese Weise erhalten. Diese Finanzmittel steigern üblicherweise die öffentlichen Budgetdefizite und befördern inflatorische Prozesse. Um dies am Beispiel Rußlands zu veranschaulichen: Die russischen Industriebetriebe haben über drei Kanäle leichten Zugang zu Krediten zur Finanzierung ihrer Kostenunterdeckung: Die Banken stellen kurzfristige Dreimonatskredite zur Verfügung, die Zentralbank bietet Refinanzierungsmöglichkeiten zu extrem niedrigen Realzinsen an, und schließlich verschulden sich die Betriebe untereinander. Allein die zwischenbetrieblichen Außenstände sind von Anfang 1992 bis Anfang Juli 1992 von 35 Mrd. Rubel auf 2,5 Billionen Rubel angestiegen. Um die völlig überschuldeten Betriebe nicht Bankrott gehen zu lassen, werden diesen immer neue Kreditlinien eingeräumt und zur Bezahlung der Löhne läßt man die Notenpressen immer schneller laufen. Entsprechend wird geschätzt, daß Ende des Jahres 1992 das Preisniveau etwa 20mal höher sein wird als zu Beginn des Jahres (vgl. DIW u.a. 1992, 525f.).

chen polit-ökonomischen Interessen und durch den Einsatz finanzieller Ressourcen zur Kompensation unabdingbarer Anpassungen Zeit und Vertrauen zu »kaufen«, recht überzeugend. Praktiziert wird diese Idee, wenn auch mit anderer Rangfolge der Sequenzen, seit geraumer Zeit in Deutschland. Zwar muß die Herstellung der deutschen Einheit gemessen an den Ausgangsbedingungen und vor allem an den ausgegebenen politischen Losungen als ökonomisches Desaster bezeichnet werden. Gemessen an den Problemen der anderen Transformationsökonomien fallen die Resultate der geld- und marktwirtschaftlichen Transformation freilich zufriedenstellend aus. Verantwortlich dafür ist in erster Linie die - wenn auch innenpolitisch umstrittene und ökonomisch keineswegs unproblematische - Fähigkeit der alten Bundesrepublik, die erforderliche Zeit und das Vertrauen substantieller Bevölkerungssektoren zu »kaufen«. Der Fall Bundesrepublik macht freilich darauf aufmerksam, daß ein solcher »Kauf«, soweit er mit (wertstabilem) Geld bezahlt werden muß, in der Landschaft der Transformationsökonomien singulär bleiben wird, und zwar schon aus dem einfachen Grund, daß die anderen Transformationsökonomien über keinen vergleichbar reichen »Bruderstaat« verfügen. Vertrauen und Zeit müssen nun freilich nicht ausschließlich mit Geld bezahlt. Die Währung kann auch auf Nationalbewußtsein, Nationalismus, Ethnizität oder andere Namen lauten. Die mit solchen Währungen vorangetriebene Sozialintegration kann freilich die angestrebte Systemintegration mehr behindern als befördern.<sup>20</sup>

### 3. Theoretisch-therapeutische Defizite von Transformationsstrategien

In den osteuropäischen Gesellschaften scheint allenthalben Einigkeit hinsichtlich des Ziels der Transformationsprozesse zu bestehen. Soll der angestrebte Aufbau kapitalistischer Geld- und Marktwirtschaften freilich erfolgreich in Angriff genommen werden, dann müssen neben dem Endziel auch der einzuschlagende Transformationspfad und die Zwischenschritte genau angegeben werden können. Heute ist nüchtern festzustellen, daß die traditionelle ökonomische Theorie, wie beispielhaft gezeigt, nicht in der Lage ist, einen konsistenten Transformationspfad zu begründen. Die schlechte Praxis hat ihr Pendant in einer theoretischen Begründungslücke, die auf die nur unzureichend begriffenen Probleme wirtschaftlicher Entwicklung zurückzuführen sind.

a. Dieser eklatante Mangel trifft in erster Linie die ökonomische Ortho-

---

20 Vgl. hierzu den Beitrag von Heiner Ganßmann in diesem Heft.

doxie, die in Gestalt der Neoklassik das Pfadproblem jeder Transformationsökonomie gleichsam in ihrem Annahmenset versteckt: Dort wird nämlich vorausgesetzt, daß die Wirtschaftsakteure vor Beginn aller ökonomischen Prozesse über produzierte oder nicht-produzierte Güter verfügen (DeVroey 1991). Diese Anfangsausstattung gegeben, haben die Akteure allein das Problem zu lösen, ob sie ihre Güter konsumieren oder gegen andere Gebrauchsgüter tauschen wollen. Ist diese neoklassische Vorstellung einer Tauschökonomie schon recht naiv, so wird es reichlich dunkel, wenn man sich das neoklassische Konzept der Produktionsökonomie vergegenwärtigt: Dort wirken nämlich Akteure, die mit Produkten zu handeln versuchen, die noch gar nicht produziert sind. Erst wenn die Marktkonditionen festliegen und sich im Produzentenkalkül (Durchschnittskosten-Preis-Kalkül) als günstig erweisen, wird mit dem Produktionsprozeß begonnen, wobei die Abnehmer und die abgenommenen Mengen dank der Figur des Walrasianischen Auktionators genau festliegen. Die Tauschökonomie ist mithin im Rahmen der neoklassischen Theorie der Produktionsökonomie vorgelagert. Folgerichtig kennt die reine neoklassische Theorie kein Konzept von Unsicherheit.<sup>21</sup> Und schließlich ist der Produktionsprozeß nach diesem Theorieverständnis ein allein technischer Vorgang der Verwandlung physischer Güter in andere physische Güter unter Einsatz von Energie, der keinerlei soziale, machtpolitische und ökonomische (oder gar ökologische) Strukturen aufweist und mithin als außerökonomische Institution (*Black box*) zu begreifen ist.

Es liegt auf der Hand, daß diese Vorstellung von der Funktionsweise dezentraler kapitalistischer Marktwirtschaften große Probleme bei der Formulierung praktischer Anleitungen für den Transformationsprozeß aufwirft. Diese Probleme werden noch gravierender, wenn es darum geht, marktwirtschaftliche Tauschökonomien mit geldwirtschaftlichen Strukturen zu »unterfüttern«. Die neoklassische Theorie in Form ihrer avanciertesten Arrow-Debreu-Modelle kann mit dem Diktum »only money buys goods« nichts anfangen, weil sie davon ausgeht, daß (a) Tauschhandlungen zu jedem beliebigen Zeitpunkt stattfinden (können) und (b) die Haltung von Geld als ökonomisch sinnlos angesehen wird, weil - anders etwa als in der Keynes'schen Theorie - die Akteure keinerlei Unsicherheit hinsichtlich ihrer gegenwärtigen oder zukünftigen Handlungen kennen. In

---

21 Sofern Versuche gemacht wurden Unsicherheit zu erfassen, wurde stets mit Wahrscheinlichkeitswerten gearbeitet, die den Akteuren bekannt sind. Unsicherheit im Sinne eines prinzipiell nicht voraussagbaren (also auch nicht mit Wahrscheinlichkeiten zu gewichtenden) Ausgangs, liegt allerdings jenseits des Horizontes neoklassischer Theoriebildung.

der reinen Theorie wird deshalb von Geld, das nicht nur die Rolle eines *numéraire* bzw. eines Medium zur Minimierung von Transaktionskosten spielt, abstrahiert. Frank Hahn, einer der wenigen Neoklassiker, der zuweilen über den selbstreferentiellen Rahmen dieser Schule hinausblickt, vermutet sogar, daß der Einbau von Kreditgeld in die neoklassische Modellwelt zum schnellem Untergang vieler auf elegante Weise gewonnener Effizienz-Postulate führen würde (Hahn 1985, 36). Aus der Keynesischen Theorie, für die Begriffe wie Unsicherheit und Geld konstitutiv sind, ist bekannt, daß sich Geldwirtschaften in ihrem Effizienz- wie Stabilitätsverhalten grundlegend von Tauschwirtschaften neoklassischer Prägung unterscheiden: Während Geldwirtschaften durch endogene Instabilitäten und die potentielle Nichträumung von Märkten charakterisiert sind, zeichnen sich Tauschwirtschaften neoklassischen Typs durch Markträumung und stabile Gleichgewichte aus.

Bereits diese knappe Skizze macht deutlich, daß die neoklassische Theorie weder eine Entwicklungstheorie ist noch das das Fundament für eine solche Theorie bieten kann. Dies zeigt sich besonders krass am Fall der osteuropäischen Ökonomien, bei denen es zentral darauf ankäme, für die mittlere Frist einen konsistenten Transformationspfad zu entwickeln. Gerade hierzu aber kann die ökonomische Orthodoxie nichts beitragen. Daß gerade die Vertreter dieser Theorie zu den meistbeschäftigten Politikberatern osteuropäischer Regierungen gehören, erscheint als ein Paradox, das hier nicht weiter erörtert werden soll. Entscheidend für unseren Zusammenhang ist, daß die Praxis der wirtschaftspolitischen Beratung ganz offensichtlich von der theoretischen Basis einer neoklassischen Marktökonomie abgekoppelt ist. Die ökonomische Grundlagentheorie hat im praktischen Feld entweder nur eine Orientierungsfunktion, vergleichbar einer Übersichtskarte größeren Maßstabs, die wenig beitragen kann, die kleinen Wanderwege zum Ziel sichtbar zu machen; oder sie dient als wissenschaftlich-legitimatorisches Basislager, in dem eine Vielzahl von Theoremen aufbewahrt ist, auf die zur Legitimation praktischer Politikempfehlungen zurückgegriffen werden kann.

Das heißt freilich nicht, daß Institutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank, ihre an die osteuropäischen Gesellschaften adressierten Empfehlungen und Auflagen gleichsam theorieelos treffen. Tatsächlich versuchen beide Einrichtungen seit langem ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen und Auflagen durch die *monetären Zahlungsbilanztheorie* zu begründen. Was bislang vor allem zur Anwendung in sogenannten Entwicklungsländern gedacht war, wird jetzt umstandslos auf die osteuropäischen Transformationsökonomien übertragen: Vor jeder konkreten Maßnahme zur Transformation gelte es nämlich, eine stabile

makroökonomische Konstellation herbeizuführen, also die staatlichen Budgetdefizite drastisch zu reduzieren, die Inflation zu senken und positive Realzinssätze durchzusetzen.

Das Grundmodell der monetären Zahlungsbilanztheorie, der theoretischen Basis traditioneller IWF-Stabilisierungsprogrammen, läßt sich wie folgt beschreiben: Hält das Publikum keine ausländischen Währungen in ihrem Portefeuille, dann entspricht die Änderung der Geldmenge ( $dM$ ) in einem System fixer Wechselkurse saldenmechanisch der Veränderung der Devisenreserven der Zentralbank ( $dR$ ) und der Änderung der inländischen Geldentstehungskomponente ( $dD$ ):

$$(1) \quad dM = dR + dD$$

Die Geldnachfrage ( $dMd$ ) ist gegeben durch die Veränderung des Realinkommens ( $dy$ ) und die Änderung des Preisniveaus ( $dP$ ):

$$(2) \quad dMd = f(dy, dP, \dots)$$

Ein Gleichgewicht des Geldmarktes liegt vor, wenn gilt:

$$(3) \quad dM = dMd \text{ oder } dM - dMd = 0.$$

Verbindet man die Gleichungen (1) - (3), dann erhält man den zentralen ökonomischen Zusammenhang, wie er von der monetären Zahlungsbilanztheorie formuliert wird:

$$(4) \quad dR = dM - dD = f(dy, dP, \dots) - dD.$$

Ein Verlust an Devisenreserven, mithin eine defizitäre Zahlungsbilanz, liegt genau dann vor, wenn die Änderung der inländischen Geldentstehungskomponente die Änderung der Geldnachfrage übersteigt. In anderen Worten: Eine überproportionale Ausweitung der Zentralbankgeldmenge führt beim Publikum zu hoher Geldhaltung; die ökonomischen Akteure bauen diese eigentlich nicht erwünschte Kasse ab, indem sie entweder verstärkt Warenimporte tätigen oder ihren Kapitalexport ins Ausland forcieren. Die solcherart ausgelösten Zahlungsbilanzkrisen können diesem Verständnis nach unter Kontrolle gebracht werden, wenn die inländische Geldentstehungskomponente in ihrem Wachstum gebremst bzw. reduziert wird. Dies erfordert vor allem eine drastische Reduktion von Bankkrediten an private und öffentliche Akteure sowie eine drastische Beschneidung der staatlichen Budgetdefizite durch Einsparungen und durch Verbesse-

rungen der Einnahmesituation.<sup>22</sup> Solche wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen stehen denn auch typischerweise im Zentrum von IWF-Auflagenprogrammen (vgl. dazu etwa Edwards 1992, 129-160) und der transformationspolitischen Vorstellungen von Währungsfonds und Weltbank zum Abbau des allenthalben konstatierten Geldüberhangs. Weil nun bekanntermaßen die in vielen verschuldeten Ökonomien der kapitalistischen Peripherie und Semi-Peripherie eingeleiteten Kreditkontraktionen in erster Linie zu drastischen Wachstumseinbrüchen des realen Sektors führten, wurde die monetäre Zahlungsbilanztheorie in jüngster Zeit mit einfachen neoklassischen Wachstumsmodellen kombiniert, um so die Auswirkungen von Kreditbeschränkungen auf den Wachstumsprozeß analysieren und angemessene wirtschaftspolitische Empfehlungen ableiten zu können. Diese Modellierungen haben freilich an den Grundaussagen des Modells nichts geändert: »...overall the results are consistent with the standard view that a reduction (expansion) in domestic credit will reduce (raise) prices, diminish (increase) output, and improve (worsen) the balance of payments« (Khan/Montiel 1989, zitiert in Dembinski/Morriset 1992, 71.).

Die in den letzten Jahren eingeführten Fazilitäten zur Finanzierung struktureller Anpassungsmaßnahmen spiegeln zwar die neugewonnene Einsicht wider, daß die üblichen Auflagen negative Wirkungen auf den Wachstumsprozeß zeitigen, die jetzt kontrolliert und kompensiert werden sollen. Nach wie vor aber gehen IWF wie Weltbank davon aus, daß die so eingeleitete Schocktherapie letztlich heilsame Wirkungen zeitigen und über die erfolgreiche Rückführung der Inflation spontan eine endogene Wachstumodynamik in Gang bringen wird. Dank ihres Diktums, wonach Geld in der mittleren und langen Frist nicht mehr als einen Schleier verkörpere und deshalb für Prozesse des realen Sektors keinen Belang habe, überspringen IWF wie Weltbank den fundamentalen Zielkonflikt, der zwischen einer Rückführung der Inflationsrate und damit der Geldentstehungskomponenten einerseits und der Sicherung der Wachstumodynamik andererseits besteht (so auch Herr 1992, 17). Entsprechend problematisch fallen ihre transformationspolitischen Empfehlungen aus, die stets aufs Neue eine Kombination aus Stabilisierungspolitik im obigen Sinne und Liberalisierungen sowie der Einführung von *property rights* darstellen. Die dadurch generierten kumulativen Instabilitäten, die aus den Erfahrungen mit strukturellen Anpassungsprogrammen in den verschuldeten Ökonomien der kapitalistischen Semiperipherie und Peripherie wohlbekannt

---

22 Ich habe mich bei der knappen formalen Darstellung an Herr 1992a orientiert. Eine etwas ausführlichere Darstellung findet sich bei Dembinski/Morriset 1991, S. 67ff.

sind, deuten sich bereits heute in den osteuropäischen Transformationsökonomien an (Gabrisch et al. 1992).

b. Eine anders gelagerte theoretische Bestimmung der Transformation realsozialistischer Planwirtschaften zu kapitalistischen Geld- und Marktwirtschaften liefern die fundamentalen Monetärkeynesianer der sogenannten »Berliner Schule«. Während üblicherweise für die Transformationsökonomien ähnlich wie für die sogenannten Entwicklungsländer ein Kapitalmangel als zentrales Entwicklungshindernis diagnostiziert wird,<sup>23</sup> der durch externen Kapitalzufluß zu überwinden sei, lehnt die monetärkeynesianische Theorie die These eines Ressourcendefizits als Problem nachholender Entwicklung explizit ab (vgl. Herr 1992; Herr/Westphal 1990, 35; Riese 1986, 157-196, bes. 170ff.). Nicht fehlende Ressourcen, sondern die Hindernisse einer marktwirtschaftlichen Mobilisierung der Ressourcen machten demnach das eigentliche Entwicklungsproblem aus. Weil die Leistungsbewegungen stets den Kapitalbewegungen folgen, so apodiktisch Riese, kann es keinen aus der realen Sphäre ableitbaren Importüberschuß und damit auch keinen entwicklungsnotwendigen externen Ressourcenzufluß geben:

»Entwicklungsländer weisen einen Importüberschuß auf, weil ihre Währung überbewertet ist, nicht aber deshalb, weil sie einen strukturellen Importbedarf haben... Entwicklungsländer (leiden) nicht an einem Mangel an Kapitalaufbringung, sondern an einem Mangel an Investitionen und Exporten (...« (Riese 1986, 171 u. 173).

Der Logik der Einkommensbildung zufolge stellt die gesellschaftliche Ersparnis nämlich den Reflex der einkommensbildenden Verwendung der Güterproduktion in Gestalt des Export-Import-Saldos und der Investitionen dar: Eine Erhöhung der Exporte (bei gegebenen Investitionen) und eine Erhöhung der Investitionen (bei gegebenen Exporten) führen demzufolge zu einer Erhöhung der Ersparnis. Notwendig ist - binnenökonomisch gesehen - mithin die Initiierung eines Investitions-Einkommens-Mechanismus, der gleichsam die entwicklungsnotwendigen finanziellen Ressourcen selbst generiert: Erst die durch einen Geldkapitalvorschuß generierten Investitionen erzeugen gesamtwirtschaftliche Ersparnisse, die dann wieder investitionsbildend verwendet werden können.

Eine isolierte Stärkung des Investitionsprozesses reicht Riese zufolge freilich nicht für die Ingangsetzung eines dynamischen Akkumulationsprozesses aus; weil erst die internationale Konkurrenzfähigkeit der inländischen Produktion das Entwicklungskriterium liefert, bedürfe es in

---

23 Vgl. etwa Debs u.a. 1991. Auf dieser Annahme basieren im übrigen auch die vielfältigen Vorschläge eines »Marshall-Plans« für Osteuropa; vgl. kritisch dazu: Hübner 1992.

erster Linie einer ausgeprägten Exportdynamik und damit eines Handelsbilanzüberschusses (Riese 1986, 177). Voraussetzung dafür wiederum sei eine tendenzielle Unterbewertung der Währung in Kombination mit einer Politik des selektiven Protektionismus - womit der Bogen zur Bestimmung der zentralen entwicklungsstrategischen Variablen gezogen ist. Im Unterschied zur Neoklassik weisen die Monetärkeynesianer dem Geld eine nicht-neutrale Funktion zu und nehmen damit eine eindeutige Hierarchisierung der Märkte vor: der Vermögensmarkt dominiert dieser Sicht zufolge die Güter- und Arbeitsmärkte. Weil der Vermögensmarkt diese zentrale Rolle im ökonomischen System spielt, wird die Vermögenssicherung zum zentralen Handlungsparameter, wobei gilt, daß allein wertstabiles, also knappgehaltenes Geld Vermögenssicherungsfunktionen übernehmen kann. Restriktive Geldpolitik und eine aktive protektionistische Handelspolitik zur Sicherung einer aktiven Handelsbilanz sind deshalb die beiden wichtigsten Instrumente zur Initiierung eines erfolgreichen Entwicklungsprozesses.<sup>24</sup> Wenn es umgekehrt nicht gelingt, ein wertstabiles nationales Geld und damit einen funktionsfähigen internen Vermögensmarkt durchzusetzen, wird es zu keinem internen Akkumulationsprozeß kommen: derartige Ökonomien sind langfristigen Peripherisierungstendenzen ausgesetzt (Herr 1992, 11f.).

Die wirtschaftstherapeutische Übertragung der monetärkeynesianischen Analyse (erfolgreicher bzw. mißlingender) wirtschaftlicher Entwicklung auf die osteuropäischen Transformationsökonomien<sup>25</sup> provoziert mindestens zwei Einwände.

Zum ersten verkennt die emphatisch vorgetragene These, wonach Entwicklung kein Ressourcen-, sondern *ausschließlich* ein Ressourcenmobilisierungsproblem sei, die grundlegende Problematik wirtschaftlicher Entwicklung unter den Bedingungen eines entfalteten kapitalistischen Weltmarktes.<sup>26</sup> Nimmt man einmal an, es gelänge, im Rahmen einer voll-

---

24 Riese 1986, 183. Als erfolgreiche Fälle einer solchen Entwicklung werden seitens der Monetärkeynesianer mit Vorliebe immer die Bundesrepublik und Japan angeführt: »in der Verbindung von Protektionismus und niedrigem Zinsniveau liegt die Antwort, die die ökonomische Dynamik der Bundesrepublik Deutschland, Japans und, in jüngster Zeit, der ostasiatischen Schwellenländer der Nachkriegsepoche liefert« (Riese 1992, 139-152, hier: 149).

25 Interessant bei Riese ist dabei, daß er den osteuropäischen Transformationsökonomien implizit durchweg den Status von Nicht-Entwicklungsländern zuweist. Im Zuge der Transformation, so die These, werden diese Ökonomien peripherisiert (vgl. Riese 1992). Jaeger 1992, 153ff., macht mit Recht auf die verwirrenden Definitionen bzw. Konzepte des Status von Entwicklungsländern bei Riese aufmerksam.

26 Vorgeführt wird diese These bei Riese 1986, 170ff. In anderen monetärkeynesianischen Arbeiten wird die These vom Ressourcenmythos zitierend aufgegriffen; eine genauere Begründung wird an diesen Stellen nicht nachgeliefert.

kommen offenen Weltwirtschaft alle verfügbaren Ressourcen einer Volkswirtschaft ökonomisch zu mobilisieren und einen nationalen Produktionsprozeß auf breiter Grundlage in Gang zu setzen. Einem solchen Produktionsprozeß wäre sehr schnell dann ein Ende gesetzt, wenn die Marktprozesse *ex post* erweisen, daß sich die verausgabte Arbeit nicht verwertet hat - weil die produzierten Waren aufgrund relativer Kosten- oder Qualitätsnachteile keinen Absatz finden. Die Mobilisierung vorhandener Ressourcen allein führt mithin keineswegs zur einer Wertbildung bzw. Akkumulation. Die von Riese zunächst als heuristisches Prinzip eingeführte (Riese 1986, 172) - und unter der Hand zum Tatbestand aufgebaute - Behauptung, alle Importüberschüsse seien als Konsum zu fassen, reduziert sich (jenseits der Saldenmechanik) auf eine schlichte Definition. So führt Riese für den - bewußt extrem - gesetzten Fall, der Importüberschuß sei stofflich ausschließlich auf einen Kapitalgüterimport zurückzuführen, aus:

»Aber auch wenn der Importüberschuß auf einen Kapitalgüterimport zurückgeführt wird, bleibt er ein Überschuß der Güterverwendung über die Güterproduktion, trägt aber nicht zu einer Kapitalaufbringung bei. Denn es muß offenbleiben, ob der Kapitalgüterimport eine heimische Investition bewirkt oder lediglich eine heimische Kapitalgüterproduktion ersetzt. Erfolgt letzteres, so bewirkt auch ein Kapitalgüterimport einen Konsum« (ebd., 174).

Was aber, so wäre zu fragen, wenn der Kapitalgüterimport eine heimische Investition induziert? Indem Riese und seine monetärkeynesianischen Schüler sich diese Frage ersparen, verlieren sie den Blick auf das Problem, daß eine nationale Ökonomie (a) zwar über quantitativ ausreichende Ressourcen verfügen und (b) diese Ressourcen auch ökonomisch mobilisieren mag, daß gleichwohl die mit ihnen hergestellten Waren der Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht standhalten. Der Import weltmarktkonkurrenzfähiger Kapitalgüter, die sich von den vergleichbaren heimischen Kapitalgütern durch ein höheres Produktivitätspotential auszeichnen, *kann* in Kombination mit dem Aufbau entsprechender binnenwirtschaftlicher *linkages* ein Weg sein, die Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt zu verbessern. Anders formuliert: entwicklungsstrategisch kann ein Bezug externer Ressourcen durchaus sinnvoll sein und gleichsam als Initialzündung einen inländischen Investitions- und Einkommensmechanismus generieren.<sup>27</sup> Anschauungsmaterial dafür bietet beispielsweise

27 Diese heuristisch gewonnene Überlegung will keineswegs infragestellen, daß Ersparnisse als Reflex von Einkommensbildungsprozessen zu begreifen sind. Sie wendet sich allein gegen die Vorstellung, der Rückgriff auf externe Ressourcen sei überflüssig oder gar ökonomisch schädlich bzw. unsinnig. Faktisch setzt die monetärkeynesianische Schule dem Ressourcenknappheitsmythos der orthodoxen Theorie einen Ressourcenirrelevanzmythos entgegen. - Vgl. zu den positiven Wirkungen eines externen Ressourcentransfers Eichengreen/Uzan 1992, 13-76, bes. 59ff. Auf Grundlage ei-

der »Fall Südkorea«, das nicht nur eine nach Weltmarktgesichtspunkten erfolgreiche Währungs- und Protektionspolitik betrieb, sondern auf der Grundlage von Schenkungen und privater Devisenkredite vor allem eine differenzierte Strategie der Kapitalgüterimporte verfolgte, die die Wettbewerbsfähigkeit ausgewählter Schüsselsektoren relativ rasch verbesserte und eine Exportdynamik in Gang zu setzen vermochte.<sup>28</sup>

Zum zweiten hat der - nicht eben überzeugende - Versuch einer Demythologisierung des »Mythos des Ressourcentransfers« eines deutlich gemacht: um eine erfolgreiche Akkumulation zu initiieren, müssen aus monetärkeynesianischer Sicht - im Unterschied etwa zu Vorstellungen von IWF und Weltbank - insbesondere geldwirtschaftliche Kriterien erfüllt sein. »Erst wenn es gelingt, in Ländern einen stabilen Vermögenmarkt zu etablieren, der ökonomische Agenten dazu bewegt, in inländischem Geld zu wirtschaften, ist eine marktwirtschaftliche Entwicklung möglich« (Herr 1992, 17).

Es zählt zweifellos zu den verdienstvollen Erkenntnissen dieser Schule, an die Funktion und Rolle des Geldes für die ökonomische Entwicklung erinnert und die theoretische Fundierung von Geldwirtschaften weit vorangetrieben zu haben. Wenn der Stellenwert eines vermögensstabilen Geldes für den Verlauf einer erfolgreicher Entwicklung eines empirischen Belegs befürchte, dann würden sich die osteuropäischen Ökonomien als Demonstrationsobjekte geradezu aufdrängen. Stetige Abwertungen und die Existenz von Parallelwährungen, vor allem in Gestalt von US-Dollar und D-Mark, spiegeln in aller Deutlichkeit die Probleme vieler zerrütteter Transformationsökonomien wider. Deutlich zeigt sich dies am Beispiel des russischen Rubels. Nachdem die politisch gesetzten Wechselkurse zunächst durch eine Vielzahl kommerzieller und amtlicher Kurse ersetzt wurden und schließlich eine Wechselkursfreigabe erfolgte, erfährt der russische Rubel unter dem Eindruck steigender Inflationsraten, hoher Budgetdefizite und der Blockierung der Reformprozesse infolge konkurrierender Machtinteressen eine ständige Abwertung: Ende Oktober mußten bereits 393 Rubel für einen US-Dollars aufgebracht werden (FAZ v. 28.10.1992), mittlerweile hält die russische Regierung einen Kurs von 500 Rubel je Dollar für verteidigungswert - ohne daß sich ein Ende des

---

nes einfachen makroökonomischen Modells wird gezeigt, daß Ressourcentransfers zugunsten von Ökonomien mit niedrigen Investitionsquoten, großen Leistungsbilanzdefiziten und begrenzten Zugängen der öffentlichen Hand zu privaten Kapitalmärkten überproportional große Wachstumswirkungen zeitigen.

28. Dazu etwa Amsden 1990. Dort wird ausgeführt, welche Wirkungen es haben kann, wenn alle kommerziellen Banken sowie die gesamten Finanzinstitutionen unter der Kontrolle des Staates und in ein spezifisches Industrialisierungsmodell eingebettet sind. Vgl. dazu auch Urban 1992.

externen Wertverfalls absehen ließe. Aus wirtschaftspolitischer Perspektive spricht mithin vieles dafür, der internen wie externen Stabilisierung des Geldes einen hohen Stellenwert einzuräumen. Zu fragen ist freilich, ob die Herstellung eines solchen wertstabilen Geldes jeder Ökonomie gelingen kann und welche transformationspolitischen Konsequenzen damit verbunden sind.

Um ein wertstabiles Geldes und einen funktionsfähigen Vermögensmarktes zu schaffen, schlagen die Monetärkeynesianer folgende Maßnahmen vor: (a) eine Währungsreform mit der Folge einer Entwertung von Schulden und Forderungen sowie gehaltener Bargeldvermögensbestände; (b) die drastische Reduzierung und mittelfristige Beschränkung des Budgetdefizits durch Einsparungen und steuerliche Einnahmeverbesserungen; (c) eine produktivitätsorientierte Nominallohnpolitik mit der Folge einer freiwilligen Umverteilung der realen Produktivitätszuwächse zugunsten der Unternehmereinkommen; (d) die Einführung eines nominellen Wechselkursankers in Verbindung mit (e) einer Politik der Unterbewertung der Währung zur Herstellung einer aktiven Leistungsbilanz; (f) die Praktizierung eines selektiven Protektionismus und schließlich (g) eine signifikante Reduzierung der Devisenschulden seitens der ausländischen (westlichen) Gläubiger (Herr 1992c, 19ff.; Herr/ Westphal 1991, 242-272.; vgl. auch Riese 1992).

Erstaunlich an diesen Vorschlägen ist weniger die Nähe einzelner Maßnahmen zu orthodoxen Politikempfehlungen neoliberaler »Transformisten«, als vielmehr das voluntaristische Überspringen des Spannungsverhältnisses zwischen den einzelnen Reform- und Stabilisierungsmaßnahmen. Diese Ausblendung konfligierender Strukturen und Zielsetzungen (des sog. »Kompatibilitätsproblems«) gilt vor allem für das Verhältnis von Unterbewertungsstrategie und Außenverschuldung. Zwar wird insbesondere von Herr explizit formuliert, daß

»die in der Regel hohe Auslandsverschuldung in fremder Währung für Transformationsökonomien die Aufrechterhaltung eines nominellen Wechselkursankers (erschwert) und die Vermögenssicherungsqualität der Währung (reduziert). Eine Netto-Schuldnerstellung in ausländischer Währung ist für das Schuldnerland mit einem ex ante fixierten Devisenabfluß verbunden, der durch Exporte und bei hoher Verschuldung und geringen Laufzeiten der Kredite zwingend durch Kapitalimporte gedeckt werden muß. .... Eine positive Leistungsbilanz ist zwar auch bei einer Netto-Schuldnerstellung möglich, jedoch bedeutet dies unter Umständen drastische Abwertungen der eigenen Währung mit entsprechenden Folgen für die nationale Wohlfahrt und das Budget« (Herr 1992b, 23).

Die Implikationen dieser an sich richtigen Diagnose einer zerstörerischen Abwertungs-Inflations-Spirale werden indessen nicht weiterverfolgt. Empirisch ist immerhin in Rechnung zu stellen, daß die osteuropäischen Transformationsökonomien - bei allen nationalen Differenzen - auch im internationalen Vergleich hohe Schuldengrade aufweisen und einzelne Länder sich seit einiger Zeit von der Illiquiditäts- zur Insolvenzkrise bewegen.<sup>29</sup>

Das zentrale entwicklungstheoretische Argument des Monetärkeynesianismus, die Strategie einer Unterbewertung der Währung - »Entwicklung verlangt somit eine tendenzielle Unterbewertung der Währung« (Riese) - ist mithin faktisch den geschilderten Problemen ausgesetzt.<sup>30</sup> Theoretisch stellt sich die Frage, ob der in diesem Falle schuldendienst- und nicht entwicklungsstrategisch bedingte Zwang zu einem Exportüberschuß nicht ein spezifisches Ressourcenproblem der Schuldnerökonomien erzeugt, das die angezielten Erwirtschaftung binnenökonomischer Einkommenszuwächse untergraben kann. So ließe sich etwa zeigen, daß der Schuldendienst in ausländischer »Hartwährung« eine doppelte Bezahlung der Außenschulden nach sich zieht: einerseits als Einkommensverzicht der inländischen Arbeiterklasse, andererseits als äquivalente Devisenübertragung seitens der geldbehördlichen Instanzen.<sup>31</sup>

Die osteuropäischen Transformations- und Schuldenökonomien wären demnach einem spezifischen Ressourcenproblem ausgesetzt, das mittels interner Maßnahmen kaum bewältigt werden kann. Erforderlich wäre vielmehr die Hilfestellung der westlichen Gläubigerökonomien, die - nach monetärkeynesianischer Vorstellung - eine substantielle Schuldensreichung vornehmen müssten. So einleuchtend eine solche Empfehlung - im übrigen nicht allein mit Blick auf Osteuropa - ist, so wenig ist sie doch theoretisch aus den Paradigma des Monetärkeynesianismus abgeleitet. Die geforderte Streichung von Außenschulden und damit die Reduzierung von Schuldendienstleistungen wird nämlich gleichsam als Randbedingung eines ansonsten idealtypisch verlaufenden *sequencing* eingestuft. Faktisch läuft dies freilich auf nichts anderes hinaus, als die real existierenden Funktionsbedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaft, die im Zusammenspiel von realwirtschaftlichen und monetären Faktoren zu der in-

---

29 Zur Außenverschuldung s. Hübner 1993.

30 Stellt man weiter in Rechnung, daß eine Strategie der Unterbewertung einer entsprechenden einkommenspolitischen Flankierung in Gestalt von unterhalb der Arbeitsproduktivitätsrate liegender Nominallohnsteigerungen bedarf, dann werden die Zielkonflikte um ein weiteres Moment verschärft (vgl. Hübner 1991).

31 Diese Behauptung kann hier nur angedeutet werden. Vgl. dazu ausführlich Cencini/Schmitt 1991.

ternationalen Schuldenkrise geführt haben, zu überspringen.<sup>32</sup> Die geforderte Schuldenstreichung bzw. substantielle -reduzierung ist darüberhinaus mit einer Demontage des »Ressourcenmythos« nicht in Einklang zu bringen, ist doch ein ausländischer Gläubigerverzicht funktional gesehen nichts anderes als eine Ressourcenübertragung: in beiden Fällen wird den begünstigten Ökonomien eine Verfügung über monetäre und materielle Ressourcen eingeräumt, die sie entwicklungsstrategisch nutzen können.

#### 4. Eine Schlußbemerkung

Gesellschaftliche Umbrüche im Zuge »großer Krisen« provozieren Fragen nach der Tauglichkeit und Angemessenheit sozialwissenschaftlicher Theorien - insbesondere dann, wenn die etablierten Theorien von den Ereignissen überrollt wurden. Angesichts der osteuropäischen Krisen sehen sich die Theorien, die schon immer vom strukturellen Mißlingen sozialistischer Planwirtschaften überzeugt waren, aufgefordert, erfolgreiche Rezepturen für den Übergang zu markt- und geldwirtschaftlichen Systemen zu verschreiben. Sowenig wie feststeht, daß die realsozialistischen Planwirtschaften aus den von den ökonomischen Markttheorien genannten Gründen zusammengebrochen sind, dürfte sicher sein, daß die von marktliberalen Politikberatern empfohlenen Reformschritte zum gewünschten Erfolg führen. Die bislang erzielten, wenig verheißungsvollen Resultate sollten freilich nicht zum Anlaß genommen werden, die in der theoretischen wie politischen Diskussion exponierten Ansätze schlicht abzutun. Nüchtern betrachtet sind analytisch überzeugende Reformalternativen - wie exemplarisch vorgeführt - Mangelware. Tatsächlich wird immer deutlicher, daß die Interferenz von ökologischen Verwüstungen und Massenarbeitslosigkeit, von sozialer Armut und Peripherisierung, von ökonomischer wie politischer Abhängigkeit sozialwissenschaftliche Theorien unterschiedlichster Provenienz unter ungeahnten Realitätsdruck setzen. Orthodoxe wie heterodoxe ökonomische Theorien haben ungeachtet aller Unterschiede auf die oben dargestellten Fragen nur schlechte Antworten anzubieten.

---

32 Eine völlige oder wenigstens substantielle Streichung der Außenschulden ist ohne Frage eine politisch völlig legitime Forderung. Eine Schuldenstreichung ist nun aber kein bloß moralischer Akt. Nicht zuletzt angesichts der Höhe der Schulden sowie der beteiligten Akteure müssen Rückwirkungen auf und in den Gläubigerökonomien in Rechnung gestellt werden. Auch darf gefragt werden, ob und wie ein privater Kapitalimport in die Transformationsökonomien fürderhin erfolgen soll etc.

Freilich sollte auch angesichts der Flut von offiziellen wie inoffiziellen Analysen und Empfehlungen die praktische Funktion von Theorie für den Verlauf der osteuropäischen Transformationen nicht überschätzt werden. Die Reformprozesse in den Transformationsökonomien folgen häufig nicht einer wie immer bestimmten Programmatik, sondern Machtinteressen, die die Kohärenz reformpolitischer Programme durchkreuzen. Machtinteressen gilt es mithin transformationspolitisch wie -analytisch in Rechnung zu stellen. Die Inszenierung einer kapitalistischen Akkumulation ist freilich ebensowenig mit den neoklassischen Voraussetzungen einer Einführung freier Preise und der Herstellung privater Eigentumsverhältnisse wie mit den monetärkeynesianischen Anforderungen an funktionierende Vermögenmärkte identisch. Kapitalakkumulation setzt in erster Linie die Konstitution politisch-ökonomischer Subjekte voraus, die bereit sind, innerhalb der neu eröffneten Arenen »produktivistisch« zu handeln. Insofern ist die Konstitution individueller nur ein analytisches Problem. In der reformpolitischen Praxis kann sich dieses Desiderat als Differenz ums Ganze erweisen.

## Literatur:

- AGENDA '92 for Socio-Economic Reconstruction of Central and Eastern Europe, International Institute for Peace, Vienna 1992
- Amsden, A. H. (1990): Third World Industrialization: 'Global Fordism' or a New Model, in: *New Left Review* 182
- Blanchard, O. et.a. (1991): *Reform in Eastern Europe*, Boston
- Cencini, A. /B. Schmitt (1991): *External Debt Service: A Vicious Circle*, London
- Debs, R. A. u.a. (eds.) (1991): *Financing Eastern Europe. A Study Group Report*, Washington
- Dembinski, P. / J. Morriset (1991): Experiences of IMF Stabilization Policies in Latin America and in Eastern Europe, in: L. Csaba (ed.): *Systemic Change and Stabilization in Eastern Europe*, Aldershot
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Institut f. Wirtschaftsforschung/Institut f. Weltwirtschaft an der Universität Kiel (1992): Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands. Systemtransformation am Scheideweg, in: *DIW Wochenbericht* 42/92
- DeVroey, M. (1991): Der Markt - von wegen einfach..., in: *PROKLA* 82, Berlin
- Eichengreen, B. / M. Uzan (1992): The Marshall Plan: Economic Effects and Implications for Eastern Europe and the Former USSR, in: *Economic Policy*, 14, April, Cambridge
- Edwards, S. (1992): Stabilization and Liberalization Policies for Economies in Transition: Latin American Lessons for Eastern Europe, in: Ch. Clague/G.C.Rausser (eds.): *The Emergence of Market Economies in Eastern Europe*, Cambridge
- Gabrisch, H. et.al.(1992): Depression and Inflation: Threat to Political and Social Stability, *WIIW Forschungsberichte*, No 180, Februaray, Wien
- Hahn, F. (1985): Money and General Equilibrium, in: ders.: *Money, Growth and Stability*,

- Oxford
- Hare, P. / T.Révész (1992): Hungary's Transition to the Market: The Case Against a 'Big-Bang', in: *Economic Policy*, 14, April, Cambridge
- Herr, H. (1992): Geld und Krise der Transformationsökonoien, September, unv. Manuskript
- Herr, Hansjörg 1992a: *Geld, Währungswettbewerb und Währungssysteme. Theoretische und historische Analyse der internationalen Geldwirtschaft*, Frankfurt.
- Herr, Hansjörg 1992b: Stabilisierung und Akkumulation in Transformationsökonomien, unv. Manuskript, Mai 1992.
- Herr, H./A.Westphal (1990): Die Transformation von Planwirtschaften in Geldwirtschaften. Ökonomische Kohärenz, Mindestschwelle der Transformation, außenwirtschaftliche Strategie, *WZB Discussion Papers*, FSI 90-9, Dezember
- Herr, H. / A. Westphal (1991): Polens Weg in die Geldwirtschaft. Wirkungen des Balcerowicz-Plans und Konfliktfelder in der Transformationsdebatte, in: *Konjunkturpolitik*, H. 4
- Hübner, K. (1990): »Von der BRD lernen, heißt siegen lernen«. Anmerkungen zur marktwirtschaftlichen Transformation der DDR, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 3
- Hübner, K. (1991): Die kapitalistische Marktwirtschaft als »Ende der Geschichte«? - Pessimistische Anmerkungen zum Transformationsprozeß in Osteuropa, unv. Manuskript, Berlin
- Hübner, K. (1992): Ein Marshall-Plan für Osteuropa: Pro und Contra, in: *Vereinte Nationen*, Nr. 2
- Hübner, K. (1993): Osteuropa als neuer 'Hinterhof' Westeuropas?, in: Jacobeit, C. u.a. (Hrsg.): *Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsprobleme*, Bonn, i.E.
- Jaeger, K. (1992): Korreferat zum Referat von H. Riese, in: B. Gahlen/H.Hesse/H.J.Ramser (Hrsg.): *Von der Plan- zur Marktwirtschaft. Eine Zwischenbilanz*, Tübingen 1992, S. 153-156.
- Khan, M. S. /P. Montiel (1989): Growth-oriented Adjustment Programs: A Conceptual Framework, *IMF Staff Papers*, Vol. 32, No 2
- Klaus, V. (1991): Currency Convertibility, in: J. Williamson (ed.): *Currency Convertibility in Eastern Europe*, Washington
- Müller, K. (1992): 'Modernising' Eastern Europe - Theoretical Problems and Political Dilemmas, in: *Archives Européenne de Sociologie*, Vol. XXXIII, No 1
- Murrell, P. (1992): Evolution in Economics and in the Economic Reform of the Centrally Planned Economies, in: Ch. Clague/G.C.Rausser (eds.): *The Emergence of Market Economies in Eastern Europe*, London
- Polany, Karl 1979: *Ökonomie und Gesellschaft*, Ffm.
- Riese, H. (1986): Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie - Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema, in: *Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 4: Entwicklungsländer und Weltmarkt*, Frankfurt
- Riese, H. (1992): Transformationsprozeß und Stabilisierungspolitik, in: B. Gahlen u.a. (Hrsg.): *Von der Plan- zur Marktwirtschaft*, Tübingen
- Roland, G. (1991): Political Economy of Sequencing Tactics in the Transition Period, in: L. Csaba (ed.): *Systemic Change and Stabilization in Eastern Europe*, Aldershot

- Sachs, J. (1991): Poland and Eastern Europe: What is to be done?, in: A. Köves/P. Marer (eds.): *Foreign Economic Liberalization. Transformations in Socialist and Market Economies*, Boulder
- Schrader, K. /C.-F. Laaser (1992): Kompromisse statt Marktwirtschaft - Reformdefizite in der Russischen Föderation, Weißrußland und den baltischen Staaten, *Kieler Diskussionsbeiträge* 186/187, Juni
- Siebert, H./ N. Van long (1991): A Model of the Socialist Firm in Transition to a Market Economy, *Working Paper No. 479, Institut für Weltwirtschaft*, Kiel
- Starbatty, J. (1991): Der Weg zur Marktwirtschaft, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. September
- Stark, D. (1990): Privatization in Hungary; from Plan to Market or From Plan to Clan?, in: *East European Politics and Societies*, Vol. 4, No 3
- Stojanov, Ch. (1992): Die post-sozialistische Transformation - eine eigenartige (Re)-Modernisierung, in: E.J.Dittrich u.a. (Hrsg.): *Der Wandel industrieller Beziehungen in Osteuropa*, Frankfurt
- Urban, W. (1992): Economic Lessons for the East European Countries from Two Newly Industrializing Countries in the Far East?, *WIIW Forschungsberichte*, No 182
- Werner, H. (1992): Ordnungspolitik im Reformprozeß Osteuropas, in: *Politik und Zeitgeschichte*, H. 8